Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Der Preis für die 34 mm breite Colonel-Anzeigenzeile im Amtsblattbezirk ist 20 (Familienanzeigen und Stellengesuche Bedürftiger 15), auswärts 25, für die 90 mm breite Petit-Reklamezeile 80, auswärts 100, für die 90 mm breite amtl. Colonelzeile 55, auswärts 65 Goldpfennig.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12226.
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Erzgeb. Nr. 78.

Tageblatt • enthaltend die **amtlichen Bekanntmachungen** der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Lößnitz, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Fernsprecher: Aue 51, Lößnitz (Amt Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 161. Drahtanschrift: Volksfreund Aueerzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in: Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 256. **Freitag, den 31. Oktober 1924.** **77. Jahrg.**

Amtliche Anzeigen.

Sonnabend, den 1. November 1924, vormittags 9 Uhr, soll in Mittweida ein Lastkraftwagen meistbietend öffentlich versteigert werden. Sammelort der Bieter: Gasthaus zum goldenen Hahn.
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schwarzenberg.

Aue. Stromunterbrechung. Sonntag, den 2. November 1924, wird von vormittags 10 Uhr bis voraussichtlich mittags 1 Uhr die Stromzuführung eingestellt.
Aue, den 30. Oktober 1924.
Direktion der städtischen Elektrizitäts-Versorgung.

Bekanntmachung. Brennholz betr.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß diejenigen, welche bei der Stadt Brennholz bestellt haben, verpflichtet sind, dasselbe abzunehmen. Wir machen die Besteller noch darauf aufmerksam, daß die Bestellung als Vertrag gilt. Die Scheine müssen unbedingt eingelöst werden. Wenn das Holz nicht abgeholt wird, wird dasselbe teurer und die Besteller müßten dann einen höheren Preis zahlen. Der Preis des Holzes beträgt 14.50 Goldmark. Bezugsscheine sind auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 9, zu haben.
Schneeberg, am 27. Oktober 1924. Der Stadtrat.

Lößnitz. Die Maul- und Klauenseuche

ist unter dem Viehbestande des Landwirts Albin Bruno Drechsel in Lößnitz, auf den Gütern Nr. 385 amtlich festgestellt worden. Der Sperrbezirk wird auf das verseuchte Gehöft erstreckt. Das Beobachtungsgebiet wird auf die Umgebung des Seuchengehöfts und zwar von der Schankwirtschaft „Weidmannsruhe“ bis an den Weg zu den Wirtschaften der Landwirte Christian Wilhelm Höfer und Friedrich Reinhard Becher ausgedehnt. Das Durchtreiben von Klauenvieh und das Durchfahren mit Wiederkäuergespannen im Beobachtungsgebiete ist verboten. Für diese Zwecke bleibt dieser Weg frei. Zuwiderhandlungen werden, soweit nicht eine höhere Strafe verwirkt ist, mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bestraft.
Lößnitz, am 29. Oktober 1924. Der Rat der Stadt.

Niederschlema. Feueralarm.

In den nächsten Tagen wird eine Uebung der Freiwilligen Feuerwehr stattfinden, zu der mit Nebelhorn und Signalhörnern alarmiert wird. Zur Vermeidung von Beunruhigung wird dies hierdurch bekannt gemacht.
Niederschlema, am 29. Oktober 1924. Der Bürgermeister.

Holzversteigerung. Kirchenwald Lößnitz.

Im Gasthof zum wilden Mann in Oberpfannenstiel sollen Dienstag, den 4. November 1924, von vorm. ½10 Uhr an: 24 fi. Stämme, 11—13 cm, in Abt. 17 und 26; 86 fi. Klötze, 8—19 cm, in Abt. 1 und 7; 500 fi. Stangen, 7—13 cm, in Abt. 23, 25, 26; 5 Plätze anstehende Stöcke in Abt. 26; 25 fi. Reisig-Langhaufen in Abt. 25 und 26; 114 kieferne Reisig-Langhaufen in Abt. 17 und 18, gegen sofortige Bezahlung versteigert werden.
Der Kirchenvorstand zu Lößnitz.

Regierung und Volkswille.

Dem „E. V.“ wird geschrieben:

Wer noch den Aberglauben hegt, daß ein demokratisches Regiment den Volkswillen verkörpert, der lese das Buch von Hans Delbrück, das obigen Titel trägt. Der Verfasser steht dem heutigen Regime nahe. Aber in seinem Buch zeigt der Historiker, daß die Demokratie stets nur ein Vorhang ist, hinter dem sich die wirklich bewegenden Kräfte verbergen.

Worum geht der Kampf jetzt? Er geht um die Verteidigung des Revolutionserbes. Nachdem edles deutsches Soldatenblut in den Straßen Berlins den Sieg über die wirklichen Revolutionäre, über Spartakus, errungen hatte, schwangen sich die Revolutionsgewinnler auf den Thron. Damals schlangen sie den roten Mantel der Sozialdemokratie um ihre Schultern. Heute ist das Gewand längst vertauscht gegen das schwarzrotgoldene Prunkkleid der internationalen Demokratie.

Aber nicht nur Dekorations- und Kostümkünste hat man geübt. Früher hatten wir eine Selbstherrschaft des Wortes — heute haben wir die Selbstherrschaft der Tat! Zielbewußt wurden die Machtpositionen dem Parlament, das in steigendem Maße nationale Anwandlungen zeigte, entzogen und entpolitisiert, d. h., der alleinigen Verfügung des Reichspräsidenten unterstellt, die er nur noch mit dem Ausland zu teilen hat. Die ausführenden Organe, die diese Machtpositionen heute verwalten, so die Industrie-Unternehmen des Reiches, die sogenannte Reichsbank, die sogenannte Reichsbahn usw., sind in demokratischer Hand. In den Parlamenten schmilzt das Häuflein der Demokraten von Wahl zu Wahl zusammen. Das können sie verschmerzen, solange ihnen die Sonne der allerhöchsten Gunst leuchtet. Und so stürzte sich das immer kleiner werdende Häuflein um Koch und Dernburg auch jetzt wieder mutig in den Abgrund, um dem Reichspräsidenten die Notwendigkeit zu ersparen, noch einmal jedes Zusammengehen mit nationalen Kräften abzulehnen. Man hat früher wohl die Demokratie als die Vorfrucht der Sozialdemokratie bezeichnet. Das war früher richtig. Heute stellt sie eine Art Generalstab der kämpfenden Sozialdemokratie dar.

Die Hauptposition der Sozialdemokratie liegt in Preußen. Hier hat sie seit langem versucht, in der Verwaltung, in der Schutzpolizei, und neuerdings in dem Banner Schwarzrotgold, das ebensowohl die allerhöchste Gunst des Reichspräsidenten wie die Förderung Frankreichs erfährt, sich eine politische Kampfposition ersten Ranges gegen den nationalen Gedanken zu schaffen. Severing hat es deutlich ausgesprochen: Es gilt die Niederkämpfung des nationalen Gedankens, nicht mit pazifistischen Mitteln, sondern mit dem Gummiknüppel.

Der deutsche Michel hat sich bereits wieder die Zipfelmütze über die Ohren gezogen. Man schwatzt von Wahlmüdigkeit. Der Wahlsonntag muß dem Frühschoppen und dem Stumpfsinn gewidmet bleiben. Für die Viertelstunde am Wahltisch ist man zu müde. Man wartet, bis der Knüppel der Herren Severing usw. wieder auf dem feisten Rücken des Spießers tanzt. Die Erinnerung an die Bluthochzeiten in Berlin, München, Halle, Essen usw. scheint schon erloschen.

Es ist eine erfreuliche Klärung der Fronten: Die internationale Demokratie links, flankiert vom moskowitischen Bolschewismus, und auf der anderen Seite die nationale Rechte, hoffentlich endlich geschlossen und einig. Es ist ein großer historischer Moment für unsere innere Geschichte. Schwer ist er für das Zentrum, das in seinem Innern den Kampf zwischen vaterlandsloser Demokratie und christlich-nationaler Gesinnung auszufechten hat.

Politik ist Kampf. Wie lange wollt ihr noch auf beiden Seiten hinken? Die Grundlage für die Zukunft der deutschen Politik werden am 7. Dezember gelegt. Wer sich von diesem Kampf ausschließt, verdient den Namen eines Deutschen nicht.

Waffenschnüffelei.

Berlin, 29. Oktober. Gestern erschien eine Abordnung der Kontrollkommission unangesagt in Spandau und verlangte, daß man ihr Arbeiter zur Verfügung stelle, um auf dem Schießstande Ausgrabungen vornehmen zu können. Die Ausgrabungen fanden statt und förderten an der von der Kommission nach einer Karte angegebenen Stelle eine Anzahl von leeren Patronen- und Wasserkästen für Maschinengewehre zutage. Das vorgefundene Material befand sich in völlig verrostetem und unbrauchbarem Zustande. Anscheinend sind die Gegenstände schon vor Jahren bei den Unruhen in Spandau auf dem Schießstande vergraben worden. Es dürfte sich bei der Angelegenheit um die Denunziation von pazifistischer Seite handeln.

Ein Brief an General v. Deimling.

In der militär-politischen Zeitschrift „Deutsche Treue“ richtet der ehemalige Afrikaner Frhr. v. Reibnitz einen Brief an General v. Deimling, in dem es u. a. heißt: Die Augusttage bringen den ehemaligen Südwestafrikanern sonderliche Erinnerungen. Zwanzig Jahre seit Waterberg und zehn Jahre seit den ersten Schlachten des Weltkrieges. Ueberall schließen sich die alten Kameraden desto enger zusammen, verbunden durch gemeinsames Leid, aber auch verbunden durch gemeinsame stolze Erinnerungen! So ist es uns auch ein Bedürfnis, Ihnen auszudrücken, mit welchen Gefühlen des Abscheus wir Ihrer als Renegaten gedenken! Sie trugen gleich uns die schwarz-weiß-rote Kokarde auf dem Tropenhut und für unsere stolze schwarz-weiß-rote Kriegsflagge führten Sie unsere prachtvollen Reiter in den Tod. Schon damals leitete Sie blinder Ehrgeiz und unbefriedigte Eitelkeit. Ich erinnere nur an Ihr „Waterberg-Telegramm“, das Sie an alle Potentaten persönlich senden wollten, an Ihr Toben in Keetmanshoop, als es nicht gelang, den Fang von Cornelius auszurechnet am 27. Januar zu melden und an Ihr pikiertes Heimgehen im April 1905. Sie verleugnen die alte Kriegsflagge, unter der Sie gekämpft, und das Kaiserreich, das Sie groß gemacht hat, verleugnen Ihre bis in den Tod getreuen Kameraden, die für diese Ideale starben, und Sie hängen Ihren Mantel nach dem Winde! Gottlob sind Sie kein Mann der Zukunft, sondern nur der traurigen Gegenwart! Wir alten Kolonialsoldaten und Frontkämpfer verstehen erbärmlichen Gesinnungswechsel nicht! Ich möchte aber noch als schlesischer Edelmann einige Worte hinzufügen. Seit Ihrer Nobilitierung scheint Ihnen das Wort „Adel verpflichtet“ nicht aufgegangen zu sein. Ehre und Treue war des Adels Stolz, und Preußens Könige konnten sich auf ihn verlassen. Es wäre wenigstens ehrlich, den Adel als echter Demokrat abzulegen! Was du tust, das tue ganz! Daher unsere ganze Verachtung!

•

Berlin, 30. Oktober. In einer demokratischen Versammlung sprach General v. Deimling. Zu seiner Aechtung durch verschiedene Offiziersbünde erklärte er, daß er durch die Zustimmung weiter Volkskreise entschädigt werde und daß er allen Anfeindungen ein „Jetzt erst recht!“ entgegensetze. Die Versammlung ersuchte den Parteivorstand, dafür Sorge zu tragen, daß Deimling an sicherer Stelle als demokratischer Reichstagskandidat aufgestellt wird.

Ludendorff und die vaterländischen Verbände.

Berlin, 29. Oktober. General Ludendorff erläßt eine Erklärung, in der es heißt: Die Münchner Presse bringt eine Berliner Nachricht, nach der in einer Sitzung der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands in Berlin beschlossen worden sein soll, mich zu bitten, die nationalsozialistische Freiheitspartei aus dem Kampf gegen die vaterländischen Verbände herauszuziehen und wenigstens während des Wahlkampfes den Burgfrieden mit den unter schwarz-weiß-rot organisierten Verbänden zu halten. Ich stelle demgegenüber unverzüglich fest, daß die nationalsozialistische Freiheitsbewegung — um diese handelt es sich wohl —, aus keinem Kampfe gegen die vaterländischen Verbände herauszuziehen ist, denn sie steht überhaupt nicht in einem solchen Kampfe.

Neuyork, 29. Oktober. Die Regierungstruppen von Honduras haben die Aufständischen in einer regelrechten Schlacht bei Chinghajote besiegt. Die Aufständischen sind nach Nigaragua geflüchtet.

Die englischen Wahlen.

London, 30. Oktober. Um 6 Uhr früh waren folgende Wahlergebnisse bekannt: Konservative 161, Arbeiterpartei 78, Liberale 22, Unabhängige 2. Gewinne und Verluste: Konservative 56 gewonnen, 6 verloren, Arbeiterpartei 19 bzw. 32, Liberale 7 bzw. 44. Das Endergebnis dürfte mit ziemlicher Gewißheit ein Sieg der Konservativen sein.

•

London, 29. Oktober. Wie der amtliche englische Funkdienst meldet, zeigen die in den englischen Hauptquartieren der englischen Parteien eingegangenen Berichte, daß der heutige Wahlkampf überall außergewöhnlich scharf ist. Sein Hauptmerkmal ist, daß sich die Frauen in einer nie dagewesenen Zahl an der Wahl beteiligten. Trotz der Erbitterung, mit der der Kampf geführt wird, ist die Ordnung im allgemeinen nicht gestört worden. Die Konservative Partei zeigt große Zuversicht. Sie nimmt als sicher an, daß ihr eine klare Majorität über die beiden anderen Parteien zufallen wird, d. h., daß sie von 615 Parlamentssitzen mindestens 308 erlangen wird gegenüber 258 Sitzen bei der letzten Wahl.

Lohnkonflikte.

Berlin, 29. Oktober. Nach ihrem Empfang beim Reichswirtschaftsministerium traten gestern abend die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften zu einer Sitzung zusammen. Es wurde einstimmig beschlossen, an den gestellten Forderungen nach sofortiger 30proz. Lohnerhöhung und der Wiedereinführung des Achtstundentages und der gleitenden Lohnskala unbedingt festzuhalten und die weiteren Schritte zur Durchsetzung der Forderungen ohne Aufschub einzuleiten.

•

Berlin, 29. Oktober. Im Lohnkonflikt der Reichsarbeiter haben die zuständigen Ministerien den Arbeitern der deutschen Reichspost, der Reichswasserbauverwaltung und den Reichsbetriebs- und Verwaltungsarbeitern vorgeschlagen, den zum 31. Oktober 1924 gekündigten Tarif bis 15. November fortbestehen zu lassen, um Zeit zu neuen Verhandlungen zu haben. Dieser Antrag ist von den Arbeiter-Organisationen abgelehnt worden, was eine weitere Verschärfung des Konfliktes bedeutet.

•

Berlin, 29. Okt. Vertreter der Reichsbeamten und -Angestellten bei der Reichsverwaltung wurden am Mittwoch erneut im Reichsfinanzministrium wegen einer Erhöhung der Bezüge vorstellig. Es wurde ihnen eröffnet, daß seit der letzten Besprechung keine Aenderung eingetreten sei, die es dem Reichsfinanzminister ermögliche, eine andere Haltung gegenüber der erhobenen Forderung einzunehmen.

• • •

10 Prozent vom Wochenlohn für den „Wahlfonds“.

Berlin, 29. Oktober. Die kommunistischen Betriebsräte in der Groß-Berliner Industrie haben eine Wahlproklamation beschlossen, die die Arbeiter auffordert, keinen Sozialisten zu wählen und 10 Proz. des Wochenlohnes dem kommunistischen Wahlfonds zuzuführen.

Schwierige Lage der Bergwerksbetriebe in Bayern.

München, 29. Oktober. Im Landtagsausschuß erklärte der Finanzminister, daß es fraglich sei, ob man die Hütten- und Bergwerksbetriebe überhaupt noch durchhalten könne. Gelinge es nicht, die Produktionskosten zu verbilligen, dann sei es schwer einzusehen, wie eine Besserung der allgemeinen Lage erzielt werden könne.

Kommunisten im besetzten Gebiet.

Berlin, 29. Oktober. Wie der „Tag“ meldet, deuten gewisse Anzeichen darauf hin, daß die gesuchten kommunistischen Abgeordneten und Parteihäupter sofort nach der Auflösung des Reichstags in das altbesetzte Gebiet geflohen sind, weil dort die Besatzungsbehörden polizeiliche Gewalt ausüben und die deutschen Exekutivbehörden völlig ausgeschaltet sind. Jetzt scheinen die Besatzungsorgane jedoch ihre bisherige Anschauung über die Tätigkeit der kommunistischen Organisationen geändert zu haben, und man ist geneigt, der deutschen Polizei ihre Nachforschungen zur Aufdeckung kommunistischer Geheimverbindungen zu erleichtern, die von hier aus ihre Fäden über das ganze Reiche ziehen konnten.

Der „Friedensgeist“.

Le Havre, 29. Oktober. Der Privatdozent Gumbel von der Universität Heidelberg ist gestern hier angekommen, um über den Friedensgeist in Deutschland und Frankreich zu sprechen. Bei dem Vortrag kam es zu einem Handgemenge, in dessen Verlauf etwa zehn Personen verletzt wurden. Nach einer Meldung des „Journal“ hatten die Opponenten die erste Reihe des Saales besetzt. Im Laufe des Handgemenges bewarfen sie ihre Gegner mit Stühlen.

Neuyork, 29. Oktober. Wie aus Washington gemeldet wird, entschied Generalanwalt Stone, daß das Marineamt amerikanischen Fabrikanten gewisse deutsche Patente für Funkentelegraphie verpachten könne, die das Marineamt seit dem Kriege zurückbehielt.

SLUB
Wir führen Wissen.